



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

311 (11.7.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204352](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204352)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile Nr. 6. — am ...

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Das Geduldspiel im Reichstag.

Berlin, 11. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Im Reichstag war die Lage gestern abend wieder recht verworren. Der Beschluß des Ausschusses über den Staatsgerichtshof erweist sich als ein neues und nicht ganz ungefährliches Hemmnis. Das Votenelement war so verzeigt. Indem man die Möglichkeit sucht, die Reichsgerichtsräte auf 2 Berufsjahre herabzuziehen, wird dem freien Ermessen des Reichspräsidenten ein Spielraum gewährt, der bei Herrn Eberts erprobter Loyalität ohne Bedenken sein mag, unter Umständen aber doch leicht der Willkür Tor und Tür öffnen könnte.

Die Deutsche Volkspartei läßt jedenfalls erklären, daß diese Bestimmungen das Gesetz für sie untragbar machen. Aber auch unter den Demokraten stößt man auf Männer, die derartige kauschulartige Vorschriften aus dem Gesetz beseitigt zu sehen wünschen; ganz abgesehen von der Haltung Bayerns, das seinen eigentlichen Widerstand aber wohl auf das Gesetz über die Reichssekretive konzentrieren wird, welches ja auch noch in diesen Tagen eingebracht werden soll.

Indes, endgültig ist noch nichts entschieden. Die Fraktionen werden zum Teil erst heute früh sich schließend. Die Verhandlungen gleiten noch hin und her. Kann sein, daß man schließlich vielleicht schon durch die Erhöhung der Mitgliederzahl des Staatsgerichtshofs eine Formulierung findet, die hüben und drüben Einwendungen und Bedenken beseitigt.

Somit hängt auch die Frage der Regierungsumbildung noch ganz in der Luft. Bei der interfraktionellen Besprechung am gestrigen Vormittag wurde sie kaum gestreift. In der Hauptsache hat man sich, wie man uns berichtet, über die Amnestie der Eisenbahnbeamten unterhalten. Nachmittags saßen die Sozialdemokraten 3 Stunden beisammen, aber von ihren Beschlüssen wird nur Regalives gemeldet: Sie hätten einstimmig die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Koalition und die Regierung abgelehnt. Wenn Beratungen und Beschlüsse sich bei ihnen wirklich nur darauf beschränken, haben sie mit Absicht oder nicht das Wichtigste vergessen: Die Antwort nämlich auf die im Augenblick erheblich aktuellere Frage, ob sie auf der sofortigen Erweiterung der Koalition nach links bestehen.

Das Geduldspiel geht also weiter. Allmählich aber beginnt bei den bürgerlichen Koalitionsparteien eine starke Erbitterung gegen die Sozialdemokratie anzuwachsen. Man hat das Gefühl, daß der Bogen bald überspannt und die Reigung, um des lieben Friedens willen sich in Nachgiebigkeit und Entgegenkommen zu üben, sich im Schwinden. Man weiß: Bei den Neuwahlen könnten auch der Sozialdemokratie allerhand Leberwürgungen erblihen. Das ist parteipolitisch wohl nicht ganz richtig gedacht, nur kann der Dollar darüber leicht auf 1000 steigen und unser Verhältnis zu der Welt da draußen sich vollends verschlechtern. Darum hört man es gern, daß der Reichspräsident wieder einmal eingegriffen haben soll, um seine Parteigenossen zur Befähigung und zu verantwortlichem staatspolitischen Handeln zurückzuführen.

Die Absage der Sozialdemokratie an die Deutsche Volkspartei.

Berlin, 10. Juli. In der Fraktionsitzung der sozialdemokratischen Partei, die heute nachmittag stattfand, wurde folgende Entschliezung gefaßt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß die zum Schutze der Republik zu beschließenden Gesetze nur von einer entschieden republikanischen Regierung durchgeführt werden können. Die Deutsche Volkspartei ist bis in die letzte Zeit in der Bekämpfung einer Reihe wichtiger Regierungsvorlagen die notwendige Rücksicht auf die Interessen des Staates und die Bedürfnisse der breiten Volksmassen vernommen und lehnte nach der Ermordung Rathenaus die Vorlage über die Getreidemenge ab. Unter diesen Umständen würde die Einbeziehung der der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition bei den breitesten republikanischen Massen das Vertrauen auf die Absicht der Regierung, das Gesetz zum Schutze der Republik energisch durchzuführen, aufs tiefste erschüttern. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kommt daher eine Mitarbeit in einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage.

Berlin, 11. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Wie im „Vorwärts“ zu lesen ist, ist Herr Hermann Müller von der sozialistischen Fraktion beauftragt worden, den Beschluß, der sich gegen die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung ausspricht, dem Kanzler unter näherer Begründung zu übergeben. Dieser Beschluß ist aber, wie

man gleichzeitig aus der „Freiheit“ erfährt, keineswegs einheitlich gefaßt worden. Eine ganze Anzahl von sozialistischen Abgeordneten hat sich dagegen erklärt. Das wäre also ein Zeichen aufdämmernder Erkenntnis. Immerhin erfreulich. Im Vorwärts, dessen Haltung in diesen Wochen jedes Verantwortungsgefühl vermissen läßt, wird demgegenüber unter Drohungen gegen Zentrum und Demokraten zur Auflösung geblasen. Dort heißt es: „Mit der Entscheidung der Demokraten über die Frage, ob sie die Bildung der großen republikanischen Mehrheit fördern, oder ob sie ihr einen Riegel vorschieben wollen, entscheide sich auch die andere Frage, ob zwischen den deutschen Arbeiterparteien und den deutschen bürgerlichen Parteien ein Verhältnis des Vertrauens und ein Zusammengehen auf dem Boden der Republik zu einer gemeinsamen Verteidigung möglich sein wird.“ Danach scheint es, als ob wenigstens der Vorwärts und die hinter ihm stehende Mehrheit der sozialistischen Fraktion auf der Ausdehnung nach links zu bestehen gewillt sind. Das würde, da Zentrum und Demokraten sich diesem sozialistischen Diktat unter allen Umständen verlegen müßten, allerdings die Auflösung bedeuten.

Der Standpunkt Bayerns.

Eine deutsche Erklärung des Grafen Lerchenfeld. München, 10. Juli. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld erklärte in einer von uns bereits auszugewiesenen gemeinsamen Unterredung dem Vertreter der „Deutschen Allg. Ztg.“: Bayern werde als Stützpunkt feindlicher Bestrebungen gegen die Reichsverfassung und die deutsche Republik dargestellt. Diese Vorwürfe treffen in keiner Weise zu. Kein vernünftiger Mann in Bayern denke daran, die Monarchie durch einen Staatsstreich wieder aufzurichten zu wollen. Es sei ein schweres Unrecht an dem bayerischen Volk, wenn man ihm zutraue, daß es eine Politik gegen das Reich möge oder unterhalten würde. Gewalttaten sowohl gegen Personen als auch gegen die Staatsform würden in Bayern ebenso verurteilt, wie anderswo, und er würde sein Amt nicht einen Tag länger verwahren, wenn er nicht die Ueberzeugung hätte, daß auch in Bayern alles geschieht, um Gewalttaten der verdienten Sühne zuzuführen. Er sehe darin ein nobles officium der Polizei und Justiz, habeit der Väter und betrachte es als schweres Unglück, ihnen diese Justiz und Polizeihohheit entreißen zu wollen. Der Staatsgerichtshof insbesondere sei eine reine Unmöglichkeit. Auch der Plan einer Reichsministerialpolizei hänge damit zusammen. Für die ruhigen Verhältnisse in Bayern sei es bezeichnend, daß die Kundgebungen hier eher nennenswerte Zwischenfälle verlaufen sind und daß die bayerische Regierung in Ruhe und Ordnung zu stehen. Der Ministerpräsident schloß seine Ausführungen: Die bayerische Staatsregierung bedauere, daß sie bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung herben Erfahrungen ausgelegt gewesen ist. Möge es aber gelingen, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen, denn das bayerische Volk müsse mit Recht darzweifeln, wenn sich ein Reichstag finden würde, der ihm solche Gesetze aufzotzeln würde. Möge man sich in Berlin nicht, das bayerische Volk in eine Stimmung der Verzweiflung zu führen! Das sage ich in aufrichtiger Sorge um das Reich.

Das neue Moratorium.

Paris, 10. Juli. Havas teilt mit, daß die Staatssekretäre Fischer und Schröder heute nachm. private Unterredungen mit einigen Mitgliedern der Reparationskommission, darunter Dubois, haben werden. Nach der Agentur sind bestimmte Schlußfolgerungen erst in einigen Tagen zu erwarten. Erst gegen die Mitte der Woche werde die Reparationskommission wahrscheinlich ein offizielles deutsches Ersuchen erhalten. Die alliierten Regierungen könnten sich gegebenenfalls erst nach Eingang des Gutachtens der Reparationskommission mit der Frage befassen. Auf alle Fälle würde dies erst nach Kenntnisnahme des Berichtes des Garantienkomitees geschehen, der Ende der Woche sofort bei der Rückkehr des Komitees nach Paris übergeben werden soll.

Paris, 10. Juli. Der „Temps“ schreibt: angefaßt der Erklärungen, die die Staatssekretäre Fischer und Schröder den Mitgliedern der Reparationskommission abzugeben beauftragt seien und aus denen zweifellos hervorzugehen werde, daß die deutsche Regierung einen Aufschub ihrer Warenlieferungen versage, erhalten die Sachlieferungen eine noch größere Bedeutung als früher. Die französische Regierung verkennt diese Bedeutung nicht, und möglicherweise werde sich morgen der Ministerrat damit beschäftigen. Befanntlich siehe zurzeit der Durchführung des Wiesbadener und Berliner Abkommens allein die Zollfrage im Wege. Sobald diese Frage von der französischen Regierung erledigt sei, könnten gewisse Wiederaufbauvereinschaften Beschlüssen in erheblichem Umfang in Deutschland machen.

Paris, 10. Juli. Zur Erörterung eines Zusammentritts des Obersten Rates oder der alliierten Finanzminister in englischen Blättern schreibt der „Temps“: Obwohl die französische Regierung bis jetzt weder zu einer Tagung des Obersten Rates noch zu einer Konferenz der Finanzminister eingeladen worden ist, muß erwartet werden, warum beides nicht wünschenswert erschiene. Der Oberste Rat ist finanziell unzuständig und hat bis jetzt, wenn er sich mit den Reparationen beschäftigen sollte, keine glückliche Hand gehabt. Sein Wert ist das Londoner Abkommen. Es behält wirklich kein genügender Anlaß zu einer Einberufung in einem Zeitpunkt, in dem dieses Abkommen eine solche Enttäuschung bereitet. Die Finanzminister aber

würden sich höchst unruhig bemühen, solange man weder beweist, was Deutschland fordere, noch was man von diesen Forderungen denkt, noch was das Garantienkomitee in Berlin getan und gesehen hat.

Der „Temps“ verlangt demgegenüber die Beseitigung der interalliierten Schulden, auf deren Vorhandensein er den Mißerfolg der Anleiheverhandlungen zurückführt. Gegen den Einwand, daß das englische Parlament diesem Schuldverfall seine Zustimmung verweigern werde, führt das Blatt an, daß die englische Regierung offiziell ihren unwiderruflichen Entschluß mitgeteilt habe, Rußland einen großen Teil seiner Kriegsschulden zu schenken, obwohl die Vereinigten Staaten ihrerseits noch nichts von ihren Forderungen an die Alliierten ausgegeben hätten. Sobald die europäischen Alliierten sagt der „Temps“, ihre gegenseitigen Forderungen gestrichen hätten und aufgrund dessen einen vernünftigen Plan für die deutschen Schulden aufzustellen in der Lage wären, würden die Vereinigten Staaten entscheiden, daß Europa wieder zu Bestand gekommen sei, und dann wäre eine Reparationsanleihe in großem Maße möglich. Daraus folge: Was sobald wie möglich erledigt werden sollte, ist nicht das so genannte Moratorium, ist vielmehr die Beseitigung der interalliierten Schulden.

Die Kohlenfrage.

Paris, 10. Juli. Die Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Reparationskommission über die Vleserung von Reparationskohle sind heute vormittag aufgenommen worden. Sie werden deutscherseits durch die Herren Luebsen, Roengter, Pafel und Wallmichrad geführt.

Das Amnestiegesetz im Rechtsauschuß.

Berlin, 10. Juli. Der Rechtsauschuß des Reichstags beriet heute nachmittag über das Amnestiegesetz. Reichsminister Dr. Radbruch erläuterte in ausführlichen Darlegungen den Gesetzentwurf und betonte, daß dieses das Reich betreffende Amnestiegesetz grundlegend für andere Amnestien werden würde. Der Sozialdemokrat Schmitt beantragte im Einvernehmen mit seinen Fraktionsfreunden und der USP, daß die Straffreiheit für die im Gesetz bestimmten politischen Straftaten im Gebiet des ganzen Deutschen Reiches gewährt und auch denen zuteil werden soll, die Handlungen begangen haben, die mit dem Eisenbahnerstreik im Februar 1922 im Zusammenhang stehen. Staatssekretär Dr. von Kühle, als Vertreter Bayerns, gab zunächst zahlreiche Einzelbegnadigungen bekannt und betonte dann, daß die bayerische Regierung ebenfalls wie andere Länder von jeher auf dem Standpunkt gestanden habe und stände, daß das Begnadigungsrecht hinsichtlich der von den Landesgerichten gemachten Urteile ausschließlich den Vätern zustehe. Er bat, jede weitere Erörterung der Amnestie abzubrechen. Dr. Sell (Str.) stellte sich auf den Standpunkt der Regierungsjuristen. Reichsgerichtspräsident Gröner erklärte zu dem Antrag der Linken, daß der Grundgedanke des Amnestiegesetzes, der eine Stärkung der Republik anstrebe, auch das Ziel der Reichsregierung sei, aber eine Amnestie für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung gezogenen werde unannehmlich die Autorität der gesamten Reichsregierung ernstlich gefährden. Der Minister verweigerte dann, daß er für eine milde Behandlung der zu erledigenden Fälle jederselbst einreten werde.

Nach weiteren Ausführungen von Abgeordneten desentrums, der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten wurde in der Abstimmung der sozialdemokratische und USP-Antrag abgelehnt. Angenommen wurden Vorschläge, die gewisse gegen das Reich gerichtete politische Straftaten straflos lassen. Ferner fand ein Antrag des Abg. Rosenfeld Annahme, wonach für den Fall, daß die von den Beschuldigten oder Berurteilten auf Grund des Gesetzes in Anspruch genommene Straffreiheit durch eine gerichtliche Entscheidung verweigert wird, die Akten auf Antrag eines Ausschusses vorzulegen sind, den der Reichsjustizminister beruft. Gestrichelt der Ausschuh die Voraussetzungen für Straffreiheit für gegeben, so legt er die Akten dem Reichsjustizminister für weitere Entscheidung vor. Bei einer Straftat, die nach § 1 Abs. 3 der Regierungsvorlage von der Straffreiheit ausgeschlossen ist, kann der Ausschuh sich für Gewährung der Straffreiheit aussprechen, wenn die Straftat aus politischen Gründen begangen ist.

Zum Schluß wurde eine Entschließung desentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei angenommen, wonach der Reichstag die Erwartung ausspricht, daß die Eisenbahnerverwaltung bei Handhabung der Disziplinargewalt die äußerste Milde walten läßt.

Die zweite Lesung des Zwangsanleihegesetzes.

Berlin, 10. Juli. Der Reichstagsauschuß für Steuerfragen trat heute in die zweite Lesung des Gesetzes über die Zwangsanleihe ein. Die Beratung wurde in der Fassung der ersten Lesung angestimmt. Zu § 6 (Zwangsanleihepflichtige Personen) beantragte Abg. Dr. Fischer (Dem.) eine Berücksichtigung der Schachtelgesellschaften zur Vermeidung von Doppelbesteuerung. Ein Regierungserreiter und die Sprecher der sozialistischen Parteien wandten sich in längeren Ausführungen gegen diesen Antrag. In der Abstimmung wurde der Antrag jedoch angenommen. Bezüglich der juristischen Personen wurde der Satz der Hälfte beibehalten. Hierauf entspann sich eine längerer Aussprache über die Frage der erhöhten Zahlungsfristigkeiten, die bis zum 28. Februar 1923 überhaupt keine Zahlungsanteile eingezahlt haben. Die Regierungsvorlage sieht hierfür einen erhöhten Zuschlag von 80 Prozent vor, während Anträge der Rechten und Linken einen Fortfall bzw. eine Erhöhung des Zuschlages wünschen. Die Abstimmung darüber soll in der nächsten Sitzung stattfinden.

Oberschlesien.

Oppeln, 10. Juli. Bei leuchtendem Sonnenschein fand heute die Wiederbesetzung des letzten Stütztes der wieder an Deutschland entfallenden ober-schlesischen Erde durch das deutsche Militär ihren Abschluß. Mit der Begründung der Reichswehr war der feierliche Akt der formellen Uebergabe der Regierungsgewalt, die gestern von der interalliierten Kommission dem deutschen Gesandten von Eckardt übergeben worden war, an die Reichs- und Staatsbehörden verbunden. Der Akt wurde eingeleitet durch einen Gottesdienst in der alten Pfarrkirche. Als Vertreter des Reichspräsidenten und des Reichsanstalters war Reichsminister Braun erschienen. Das Reichsministerium des Innern hatte Ministerialrat Geh. Rat Dr. Schmidt, das auswärtige Amt

Regierungsmann von Kleres enthardt, die preussische Regierung den preussischen Minister des Innern Severing. Den Ring, auf dem der lehrliche Akt vor sich ging, umfassen zahlreiche Bereiche, Korperschaften und Studentenvereine mit ihren Fahnen. Gegen 11 1/2 Uhr erreichte der Jubel seinen Höhepunkt, als der Stab der Reichswacht, mit Generalmajor Ledebour an der Spitze, in den Ring einrückte und vor der Rednertribüne Halt machte. Nach einem vom Oppitzer Musikverein zum Vortrag gebrachten Marsch übergab Oberstleutnant Kardel mit kurzen Worten die Regierungsgewalt Oberpräsident Witt.

Dieser erwiderte darauf in einer Ansprache, in der er u. a. sagte: Freude und Schmerz bewegt heute unser Gemüt. Freude, daß unser Oberpräsident nach 2 1/2jähriger Vertreibung vom Drude des Feindbundes befreit ist, aber auch Schmerz, daß so viele oberpfälzische Brüder nun uns getrennt und einem anderen Bande zugeweiht worden sind, einem Bande, dem sie innerlich nie angehört haben. Wir wollen es genug sein lassen des Haders, der Zwietracht und der Verleumdung, die unserer Heimat so schwere Wunden geschlagen haben. Die allgemeine Sehnsucht nach Ruhe und Frieden gibt mir die Gewähr dafür, daß jeder Oberpfälzer und jeder wahre Freund Oberpfälziens zu Ruhe und Ordnung durch Arbeitsamkeit und Betätigung christlichen Opfersinns an dem Frieden unserer engeren Heimat und damit auch an dem unfernen großen Vaterlande nach Kräften weiter arbeiten wird. Mit diesem Gefühl übernehme ich nach genau 29 Monaten die Verwaltung des wiedererworbenen Oberpfälziens und begrüße herzlich die hier anwesenden Vertreter der Reichs- und der preussischen Staatsregierung.

Nach einem dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland blühte die Menge Deutschland, Deutschland über alles an. Darauf wurden noch zwei Begrüßungsprogramme, die vom Reichspräsidenten und dem Reichminister des Innern eingegangen waren, verlesen.

Ein Telegramm des Reichspräsidenten.

10. Juli. Der Reichspräsident hat anlässlich der Hebung der deutschpfälzischen Teile Oberpfälziens an die deutschen Behörden folgendes Telegramm an den Oberpräsidenten Witt in Oppeln geschickt:

Freudenstadt, den 10. Juli. Am Tage der Befreiung der uns verblichenden Teile Oberpfälziens sende ich dem schwergeprüften Band meine Grüße und Wünsche. Unauslöschlicher Dank gebührt der treubereitwilligen Bevölkerung, die allen Bedrängungen und Behrohungen zum Trotz ihr monothetisches Bekenntnis zum Vaterlande abgelegt hat. Mit tiefer Wehmut gedenke ich der entrisenen Bundesteile und ihrer Bewohner. Wir werden ihnen die Treue halten und mit ihnen gemeinsam den Schmerz über das erlittene Unrecht tragen.gez. Ebert, Reichspräsident.

10. Juli. Der Reichminister des Innern Kister sandte an den Oberpräsidenten Witt, folgendes Telegramm: Zur feierlichen Wiederübernahme des deutsch pfälzischen Teiles Oberpfälziens in die deutsche und preussische Verwaltung bitte ich Sie, allen Bevölkerungsteilen der schönen Provinz meine besten Wünsche für ihren Wiederaufbau und ihre geistliche Zukunftsentwicklung auszusprechen. Soweit es in meinen Kräften steht, darf ich Sie versichern, daß auch innerhalb meines Amtes alles geschehen wird, um dem Lande die schwere Prüfungszeit der letzten Jahre vergessen zu machen und ihm die geschlagenen Wunden zu heilen.

10. Juli. (Polsische Telegraphen-Agentur.) Gleichzeitig mit dem Aufhören der Tätigkeit der interalliierten Kommission in Oberpfälzen ist das polnische Generalkonsulat in Oppeln aufgelöst worden.

Die Mark-Katastrophe.

Die Stillelegung der Rotenpresse, die von heimischen und ausländischen Kritikern unserer Finanzgebarung seit langem dringend gefordert wird, ist jetzt für einige Tage erreicht worden, — nicht durch die Finanzkunst der deutschen Regierung, sondern durch den Streik der Berliner Buchdrucker. Just in der kurzen Periode, in der die Arbeit der Rotenpresse unterbrochen war, setzte eine neue rapide Teuerung ein, und es gibt Leute, die aus dieser unersichtlichen Teuerung die „wissenschaftliche“ Schlussfolgerung ableiten, daß die Inflation an der Preissteigerung nicht schuld sei. Man könnte ihnen entgegenhalten, daß der Betrieb der Rotenpresse über den unmittelbaren Tagesbedarf hinaus Socrate von Geschäften geliefert hat, mit denen man über eine kurze Produktionsunterbrechung immerhin hinwegkommen kann — bei längerer Geriete man freilich in Verlegenheit —, und daß gerade vor dem Druckerstreik zum Halbjahrmaximum eine beispiellose große Banknotensumme von der Reichsbank in den Verkehr gedrückt worden ist, die zunächst für eine ganz beträchtliche inflatorische Wirkung ausreicht. Aber im übrigen ist es so natürlich ganz richtig, daß die Papiergeldvermehrung nicht die eigentliche Ursache, sondern nur die zwangsläufige Begleiterscheinung der Geldentwertung und Teuerung ist. Die eigentliche Ursache liegt stets in der Passivität der Wirtschaft, — entweder in einer früheren, die in der Zahlungsabfuhr oder in einer inneren, die im Defizit des öffentlichen Haushalts wurzelt. In Deutschland trifft seit der Niederlage beides zusammen; aber just in diesen Wochen enthüllt sich die äußere Passivität als Ursache des passiven Übels. Angenommen, unser Staatshaushalt wäre in diesem Augenblicke wirklich völlig im Gleichgewicht, — Inflation und Teuerung wären dennoch unvermeidlich und Umfang und Tempo der Geldentwertung wären vermutlich kaum mäßiger als sie es — ohne Budgetgleichgewicht — tatsächlich sind. Nicht die Finanzpolitik drückt den Wert der Mark immer tiefer herab, sondern die verhängnisvolle Gestaltung des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkte, die fürs erste auch der energischste und erfindungsreichste Finanzminister nicht zu ändern vermöchte.

Man hat festgestellt, daß bei der härmlichen Dollarkrise der letzten Tage Berlin „führt“ und Remont „folgt“; das heißt, daß in der Hauptsache die drängende deutsche Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln, nicht das ausländische Angebot deutscher Devisen, Maß und Schnelligkeit der Marktentwertung bestimmt. Das trifft vermutlich zu, und es ist auch sehr leicht zu erklären; in Deutschland, wo man den Dingen näher steht und die Gefahren unmittelbarer empfindet, wirken die Beschränkungen, die sich an die Ereignisse der letzten Wochen, an die Spannung und Zuspitzung der innerpolitischen Situation knüpfen, viel stärker als draußen. Natürlich ist Spekulation, die die Konjunktur nutzen will, bemüht, die Panikstimmung und die Panikhaufe des Dollars zu steigern; natürlich nimmt die Kapitalflucht, die „Flucht aus der Mark“, wieder besonders großen Umfang an und verschärft das ruinöse Tempo der Bewegung. Aber es hat wenig Zweck, gegen den unbedenklichen Egoismus zu wettern, der aus jeder Situation den größtmöglichen Gewinn zu schlagen versucht. Man bestreite ihn nicht und könnte man ihn mit Moralpredigten oder mit Verböten und Steuern erfolgreich betämlen, so wäre immer noch wenig gebessert. Eine an sich passive Zahlungsbilanz wie die gegenwärtige deutsche verdrängt eben keine ernstliche politische Panik; wieh sie ihren Wirkungen ausgeht, so fällt der Wert des Zahlungsmittels notwendig um so schneller, je länger die Beunruhigung andauert und je länger das Ausland sich nicht zu aktiver Hilfeleistung entschließt.

Im früher aktiven Hilfeleistung des Auslandes fehlt es der Mark bisher völlig. Zwar scheinen die ausländischen Markbesitzer von ihren großen Beständen bisher wenig abzugeben zu haben; sie würden so beim Verkauf von Mark zu den heutigen Kursen auch als große Verluste erleiden. Auf der anderen Seite aber hat draussen offenbar die Besessenschaft, Marknoten und Markguthaben in Zahlung zu nehmen, ziemlich aufgehört; und diese passive Ablehnung der Mark

hat schließlich ganz dieselbe Wirkung wie die Nachfrage nach fremden Devisen, die vom deutschen Bedarf und von der deutschen Spekulation ausgeht. Denn da unsere Zahlungsbilanz passiv ist, können wir die Mark nur so lange lediglich im Ausgabestande halten, wie wir vom Auslande zum Ausgleich der Passivität Kredite bekommen. Kredite in Anleiheform sind uns bisher bekanntlich verweigert worden; aber tatsächlich hat man uns doch sorgfältig ziemlich umfangreiche Darlehen gewährt, indem man zur Begleichung unserer Verbindlichkeiten deutsches Geld von uns annahm und es entweder mit spekulativer Absicht in den Kassenschatz legte oder als Guthaben bei deutschen Banken deponierte oder zum Erwerb deutscher Werte verwendete. Setzt diese Kreditgewährung aus — und sie hat jetzt, wie gesagt, allem Anscheine nach für den Augenblick ausgesetzt — so wird die Passivität der Zahlungsbilanz in der Gestaltung des Wechselkurses noch wirksamer.

Das erste und wichtigste Mittel der Abhilfe ist natürlich politischer Natur, es besteht darin, die Panik zu beseitigen, indem man ihre Ursachen aus der Welt schafft. Wenn die politischen Führer und die politischen Parteien nicht für die Wiederherstellung des inneren Friedens sorgen, wenn sie den inneren Konflikt nicht überwinden, sondern am Ende durch Demagogie und Ungeheiß noch weiter verschärfen und verlängern, wird der Ruin der Mark nicht aufzuhalten sein. Das zweite Rezept ist: Verbesserung der augenblicklichen Zahlungsbilanz. Da wir unsere Forderungen an das Ausland nicht nach unserem Willen steigern können, müssen wir versuchen, unsere Verbindlichkeiten einzuschränken. Das bedeutet praktisch ein neues Moratoriums-gesuch, aber das ja unter der Hand bereits in Paris verhandelt wird und das wir demnächst offiziell an die Reparationskommission absenden werden. Die Bewilligung einer weiteren Reparationserleichterung würde dem Markkurs vermutlich Nutzen; ihre Ablehnung würde eine neue und wahrscheinlich sehr empfindliche Markbaufe hervorrufen. Das dritte Abhilfsmittel endlich ist aktive ausländische Hilfe durch Gewährung größerer Devisenzuflüsse zur Befriedigung der deutschen Devisennachfrage ohne Markverkäufe. Solche Devisenzuflüsse müssen die Herabsetzung der monatlichen Reparationszahlungen ergänzen, wenn die Mark nicht weiter stürzen, sondern sich viel mehr wieder in bescheidenem Maße — auf mehr ist praktisch überhaupt nicht zu rechnen — erholen soll. (Kalkhas.)

Englische Stimmen.

10. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ hält eine baldige Zusammenkunft der alliierten Finanzminister und Reparationskommissionen für unermesslich. Hierbei würden vielleicht mit Rücksicht darauf, daß der Sturz der Mark auch andere Länder, nicht nur im Westen, sondern auch im Osten und Südosten Europas in Mitleidenschaft zieht, noch andere Signaturmächte des Versailler Vertrages zur Teilnahme eingeladen werden als die, welche im Obersten Rate vertreten sind. Infolge des Zusammenbruchs der deutschen Mark würden die Alliierten vielleicht das Sanfter-Komitee einladen, anstatt im Herbst schon jetzt zusammenzutreten, und ihm Vollmacht geben bezüglich aller Einzelheiten des Reparationsproblems. Angesichts des Mißerfolges des Komitees würde Frankreich vielleicht dem Komitee volle Freiheit in seinen Beratungen lassen.

9. Juli. Der „Observer“ schreibt über den Sturz der Mark: Gemisse Personen glauben, daß der Sturz der Mark und seine Folgen künstlich herbeigeführt wären und daß Deutschland einen Schwindel damit inszenieren wolle, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Für die Marktentwertung ist aber nicht der Schuldner, sondern es sind die Gläubiger verantwortlich zu machen. Wir haben aus Deutschland in den letzten drei Jahren einen Paoli gemacht, obwohl wir wissen, daß die Geschäfte zwischen Nationen ebensogut zwischen Einzelpersonen nur durch gegenseitiges Vertrauen geführt werden können. Die Zeit ist für Frankreich gekommen, die meisten Hilfsquellen Deutschlands im Vergleich mit denen anderer Länder der Welt zu prüfen. Durch ein Verschärfen dieser Art kam vor dem Kriege die internationale Zusammenarbeit zustande und nur dadurch, daß man wieder zu dieser Methode zurückkehrt, können die verwickelten Verhältnisse der Gegenwart auch wieder in Ordnung gebracht werden.

10. Juli. „Daily News“ schreibt: Der neue sensationelle Zusammenbruch der Mark ist nur auf Großverkäufe ausländischer Zahlungsmittel zur Befriedigung der Reparationsleistungen zurückzuführen. Das ist selbstverständlich den französischen Saniern ebenso genau bekannt wie irgendwelchen anderen Teilnehmern der Bankierkonferenz. Die unbedachte öffentliche Meinung oder hinter die Regierung, dies zuzugeben. Es ist Sache der französischen Politiker, zu entscheiden, wann sie ihren Wählern die Wahrheit sagen; es ist aber nicht einzusehen, warum der Rest Europas ebenso darauf warne soll. Wir müssen uns entschließen, mit oder ohne Frankreich zur Lösung des Problems zu schreiben, damit der Friede eine feste Grundlage erhält.

„Daily Express“ verlangt, daß anstelle des Versailler Vertrages ein neuer Friedensvertrag geschlossen werde. Die Männer von 1919 hätten im Dunkeln gearbeitet und hätten nicht wissen können, wie das Nachkriegs-Europa aussehen würde. Heute oder während sie es. Das Wort heißt, daß Harding nach den Novemberwahlen die Signaturmächte des Versailler Vertrages zu einer Konferenz nach Washington einladen werde, um einen neuen Vertrag abzuschließen.

Die Not der Presse.

10. Juli. Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner heutigen Nachmittags-sitzung mit dem Ansuchen über den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse. Den Vorsitz führte Reichsministerpräsident Schmidt. Ministerialdirektor Robis erstattete den Bericht und stellte dann namens Reichsregierung folgenden Antrag: Bei Verhörungen von 1913 durch die zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlichen Grundstücken Berechtigten wird eine Abgabe von 2 1/2% des Verkaufspreises erhoben. Kuhnleher von forstwirtschaftlichen Grundstücken unter 10 Hektar bleiben von der Abgabe befreit. Die Erhebung der Abgabe liegt den Ländern ob, die auch die hierzu erforderlichen Vorschriften zu erlassen haben. Die Reichsfinanzverwaltung hat auf Verlangen eines Landes die Beantragung und Erhebung der Abgabe zu übernehmen. Die Abgabe ist nach Abzug der Einziehungskosten an die Rückvergütungskasse für die deutsche Presse abzuliefern. Die Rückvergütungskasse besitzt Rechtspersönlichkeit. Ohne weitere Ausprägung wurde dieser Antrag mit 44 gegen 22 Stimmen angenommen. Es wird also eine Umsatzsteuer von 1/2% auf die gesamten Holzverkäufe gelegt. Außerdem soll damit eine Auszubehabgabe auf Papier von 1/4 pro Rille verbunden sein. Ein Antrag Thüringens, die Dauer des Gesetzes nur bis 31. Juli 1923 auszudehnen, wurde abgelehnt. Die Vorlage sieht daher als vorläufigen Endtermin den 31. Dezember 1923 vor.

Deutsches Reich.

Die Verfolgung der Organisation C.

10. Juli. Die „Staatszeitung“ meldet, daß bei den drei in München verhafteten Studenten auch Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, die aber kein belastendes Material zutage förderten, sodaß die Freilassung der Studenten bevorsteht. Zahlreiche Personen, unter ihnen auch General Ludendorff, seien vernommen worden, aber ohne Ergebnis. In München soll eine Anzahl Berliner Kriminalbeamter anwesend sein, die auf eigene Faust

arbeiten, ohne sich mit der Münchner Polizeidirektion ins Benehmen zu setzen. Die Polizeidirektion werde sich deshalb mit einer Beschwerde an das Ministerium des Innern wenden, damit von Seiten der Regierung ein Protest nach Berlin gerichtet werde.

Fortführung des Buchdruckerstreiks.

11. Juli. In einer gestern abgehaltenen Generalversammlung der Buchdrucker kam, wie die „Freiheit“ meldet, der Beschluß zustande, im Streik zu verharren bei Ablehnung jeder anderen Taktik. Die Arbeiterpresse soll wie bisher erscheinen.

Tripolis- und Balkankrieg.

(Aus den Denkwürdigkeiten des Feldmarschalls Grafen Conrad.)

Von Viktor Hall.

Dem ersten Band der Denkwürdigkeiten des Feldmarschalls Dr. h. c. Franz Grafen Conrad von Hörsendorf ist nun der mit Spannung erwartete zweite Band gefolgt. Schilderter jener (wie hier bereits in der Abendausgabe vom 23. Dezember v. J.) und in der Mittagsausgabe vom 7. Januar des Jahres ausgeführt wurde „Die Zeit der Amerikanerkriege 1906—1909“, so behandelt dieser im unmittelbaren Anschluß daran „Die Zeit des libanesischen Krieges und des Balkankrieges bis Ende 1912“. Der für den Herbst in Aussicht genommene dritte Band wird den Ausgang des Balkankrieges und die kurze Friedensspanne bis zum Ausbruch des Weltkrieges, die Schlühbände aber die Zeit des Weltkrieges selbst zum Gegenstand der Darstellung nehmen.

Dient auch das ganze Werk, wie schon dessen bestehende Gesamtübersicht: „Aus meiner Dienstzeit 1906—1918“ bekunden wird, in erster Linie der „Aufzeichnung des rein persönlichen Erlebten“ und verfährt es von vornherein, ein ausgesprochen allgemein-geschichtliches Werk zu sein, so erfüllt es doch dank der hervorragenden Anlage des Verfassers und der Fülle der dargebotenen Anekdoten in unerschöpfbarer Weise seinen weiteren Zweck, ein „Beitrag zum Material für künftige Arbeiten berufener Historiker“ zu sein. Für diese sind Feldmarschall Graf Conrads Denkwürdigkeiten viel unerschöpflicher als die der übrigen militärischen und politischen Persönlichkeiten, weil Graf Conrad nicht etwa kurz vor oder gar während des Weltkrieges, sondern schon ein Jahrzehnt früher auf einflussreichem Dienstposten stand und von dort aus einen weitläufigeren weltpolitischen Ueberblick gewann.

Von diesem gewährt uns auch der zweite Band ein fesselndes Bild. Eingehende Schilderungen von Kambien beim alten Kaiser Franz Josef, beim Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, bei König Karol von Rumänien usw., Briefe an und vom österreichischen Thronfolger, zwischen Conrad und den Ministern des kaiserlichen Reiches, zwischen Conrad und dem deutschen Generallandschaftsverwalter von Ostfriesland u. a., unterbreitete Vorträge und Denkschriften, ausführliche Redungen der Militärkammern, diplomatische Berichte u. dgl. ermöglichen uns die Kenntnis der verschiedenen europäischen Höfe und ihrer Herrscher, des militärischen und politischen Gedränges, kurz, der wechselvollen und verwickelten Geschichte auf der mit einer Unzahl von Persönlichkeiten jedweder Staatsangehörigkeit belebten Weltbühne, sowie der Ereignisse, die so nachhaltig mit in unsere Erinnerung eingedrungen sind.

Von dem außerordentlichen Inhaltreichtum dieses zeitgeschichtlichen so bedeutsamen Bandes kann selbstverständlich innerhalb der wenigen Zeilen eines einzigen Aufsatzes kaum eine flüchtige Andeutung gegeben werden. Dies um so weniger, als die drei Jahre von 1910—1912 mit weltpolitischen Begebenheiten überfüllt sind. Erwähnen wir uns, daß u. a. 1910 König Eduard VII. stirbt, Jomolski Volkskaiser in Paris und an seiner Statt Salonow russischer Außenminister wird, 1911 der Karakoffkrieg wüthet und am 29. Sept. der Tripolis-Krieg von Italien zum Jam gebracht wird, der erst am 18. Oktober 1912 endet, da wenige Tage vorher der erste Balkankrieg beginnt, der Mitte Dezember 1912 nur vorübergehend durch die schon am 6. Januar 1913 abgeschlossenen Friedensunterhandlungen zu einem kurzen Stillstand kommt, daß ferner am 12. Februar 1912 China Republik wird usw., so haben wir uns damit nur einige der wichtigsten weltgeschichtlichen Begebenheiten vor Augen geführt, von denen namentlich der libanesischen und der Balkankrieg die Donaumonarchie vor schicksalsschwere Entscheidungen stellten.

Zwar hatte Conrad schon, bevor er am 18. November 1906 seinen Dienst als Generallandschaftsverwalter, des von Jahr zu Jahr drohender heranziehende Unheil schonförmig erkannt, das sich rings gegen den Bestand des Reiches zusammenballte und wurde infolgedessen nicht müde, allen Behörden und Herrschaften zum Trost immer wieder die stets drängendere Notwendigkeit rechtzeitiger absehender Handels und die sich ständig steigende Gefahr latenten Zumutens zu betonen. Allein es wurde zur Tragik seines Lebens, daß das Staatsstillschiff gerade durch jene Politik des Friedens um jeden Preis dem Untergang zugereitet wurde, die es davon am besten zu bewahren vermeinte, vor der aber Conrad in wohl begründeten Vorstellungen, obgleich unauffällig, dennoch vergeblich, gewarnt hat.

Gegenüber dem gegenständlichen Standpunkt des Ministers des kaiserlichen Hofes Freiherrn von Khevenhull drang seiner von Conrad immer politischeren Vorkämpfer durch, Khevenhull trug Ende März 1909 gegenüber Conrad den im August mit der Grafenkreuzer belohnten Pyrrhuskrieg der anscheinend friedlichen Beilegung der Amerikanerkriege davon, da er seine in Anbetracht des unüberbrückbaren Gegenstandes, der jedes weitere Beden, geschweige denn Mit einanderwärtigen Heider Männer ausreichte, schließlich die am 2. Dezember 1911 erfolgte Unterzeichnung Conrads durch, der dafür ein Armeespektorat bekam, von welcher Stelle Conrad erst nach Jahresfrist (am 2. Dezember 1912) wieder zum Generallandschaftsverwalter ernannt wurde.

Durch den am 17. Februar 1912 erfolgten Tod blieb es Khevenhull erspart, den völligen Zusammenbruch seiner vom Kaiser gestützten Politik „bloß erhaltenden Charakter“ und die Vernichtung der Monarchie zu erleben. Die offenkundig entwickelte Darlegung dieses Widerstreits der Meinungen, in dem der nachfolgende Weltkrieg zu spät Conrad vorausblick befüllte, ist von besonderer geschichtlicher Bedeutung. Hieron kann hier leider aus Raum-mangel des Rührers nicht gesprochen werden, lo bemerksamer gerade dies wäre. Genug, daß es zum tragischen Verhängnis wurde, daß Graf Khevenhull, unheimlich auf die nicht vorhandene Bundesarmee Italiens bauend, dessen fieberhafte Rüstungen als einen bundesfreundlichen Wettbewerb zum gemeinsamen Handeln“ (1) mißdeutete, indes sie Conrad treffend als „Vorbereitung zum Krieg gegen Oesterreich-Ungarn“ durchschaute, der ja dann auch wirklich eintrat, und zwar wie des Kaiser Franz Josef in seinem Armeebefehl vom 23. Mai 1915 brandmarkte, nach einem „Trennbruch, dessen Folgen die Geschichte nicht kennt“. Selbst die unbedingtesten Bestrebungen Khevenhulls werden nicht bestreiten können, daß eine Politik, die von einem derartigen wahrerfüllten Trugschluß ausging, auf Flugland aufgebaut war, und schließlich scheitern mußte, zumal sie überdies auch den Balkankriegern nicht gemessen war.

Wie unglücklich das Ende war, das Khevenhull hinterließ, trat unter seinem Nachfolger Grafen Berchtold zutage. Kann hier aus über Berchtolds Wirksamkeit nicht weiter gesprochen werden, so sei doch die Hauptsache der Enterte über das, dem Kaiser von Khevenhull selbst als ein spätes geistige österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien beschloß, die kaiserliche Einfrage davon erhoben hatte, als Tralle, durch nichts herauszufordern, mit einer Straußeloffizier, die überausleichen nicht, die weltliche Türkei überließ, als diese selbstverständlich die geforderte Zustimmung zur Festlegung Tripolitanien und der Coronilla abgelehnt hatte, oder als das ferblich-balkanisch-orientalische Ultimatum vom 13. Oktober 1912 an die noch in dem irbischen Krieg verwickelte Türkei Forderungen gestellt hatte. Die einen gänzlichlichen Bericht über deren Souveränität abschloßmen.

Was Graf Conrad betrifft, so kann er dem Urteil der Weltgeschichte über sein Tun und Lassen mit Ruhe entgegenstehen, wenn gleich es ihm selbst heute noch nicht an verheißener abfalligen Beurteilungen fehlt, die es dabei eben außer Acht lassen, daß gerade er es war, der immer darauf verwirklichte, daß die Monarchie einem Mehrfrontenkrieg nicht gewachsen sein würde, die Diplomatie also das Ihre dazu tun mußte, daß es niemals zu einem solchen Beirungungskampf käme!

Aus der Pfalz.

Frankenthal, 10. Juli. Die pfälzische Handelsorganisation beabsichtigt, bei den Vertrauensmännerversammlungen der Amtsgerichte...

Speyer, 10. Juli. Die Kreisregierung der Pfalz beabsichtigt, in nächster Zeit einheitliche Bestimmungen gegen das Uebernehmen des Schnellfahrens vieler Kraftfahrzeuge...

Zweibrücken, 10. Juli. Die Feuerungsstelle feiert auch hier mit neuer Wucht ein. Die Bäckereiwirtschaft hat ab heute den Preis für ein Paar Weizen auf 3.40, für einen Dreispänner Freibrötchen...

Berichtszettel.

Ein Mordprozess in Heidelberg.

21. Heidelberg, 10. Juli. Seit Willmoth wird im Heidelberger Schwurgericht gegen Martin Köhner aus Speyerbach verhandelt. Es wird ihm zur Last gelegt, die schwedische Anna Gold aus Speyerbach erdolcht zu haben...

Das Urteil im Prozess wegen der Frankenthaler Eisenbahn Diebstähle. O. A. Frankenthal, 10. Juli. Nach sechstägiger Verhandlung wurde in dem Strausprozeß gegen die wegen zahlreicher Eisenbahn Diebstähle angeklagten Arbeiter und Gehilfen das Urteil gesprochen...

Zweibrücken, 10. Juli. Eine größere Mischfällungsanstalt richtete sich in der letzten Sitzung des Schöffengerichts gegen die Arbeiterfrau Elise Drögel geb. Keller aus Hirschweiler...

230. Offen (Ruhr), 11. Juli. Das Schwurgericht hat nach mehrtägiger Verhandlung den des Mordmordes angeklagten Rentamtsführer Buchhard zum Tode verurteilt.

Auslandshilfe für deutsche Wissenschaft. Am Anfang eines Besuchs von Paul Kehrbach in auch in St. Pauls ein Verein der Auslandshilfe für deutsche Wissenschaft gegründet worden...

Jacques Becklin 7. Der bekannte Mediziner Jacques Becklin ist am Freitag in Paris im Alter von 70 Jahren gestorben.

Don Aureliano de Bermeo gestorben. In Madrid ist jetzt nach langem Leiden der Direktor des Prado-Museums, Don Aureliano de Bermeo im Alter von 82 Jahren gestorben...

Die Aufdeckung von Wandgemälden in einer freilegenden Kirche. Im Chor der Kirche zu Tarrin sind, wie der Landesanstalt für Denkmalpflege in der Kunstchronik mitteilt, sehr beachtenswerte Wandmalereien ans Licht gefördert worden...

Sportliche Rundschau.

Ein „ententegefährliches“ Wasserballspiel.

Unlänglich der Reichsjugendwettkämpfe, welche am 8. und 9. Juli in Frankenthal stattfanden sollten, ist nicht ungeschicklich, war für Samstag, 6 Uhr abends, ein Wasserballspiel zwischen dem Schwimmverein Frankenthal und dem Schwimm-Verein Mannheim vorgesehen...

Pferdesport.

Pferdebennen zu Achern. Am Sonntag, den 16. Juli werden die Acherer Rennen gefahren. Totalisatorbetrieb ist genehmigt.

Turnen.

H. Der Turn-Verein Mannheim von 1846 hat bei dem sonnigen Gau-Gruppenturnen in Redarau hervorragende Leistungen erzeigt und zwar: Im 3. Wettkampf Oberstufe: 1. Preis Julius Andree 204 Punkte, 6. Preis Karl Seierle...

Neues aus aller Welt.

Der gedoctrte Bürgermeister.

Die Stadt Biesenthal. R. hatte eine Bürgermeisterversammlung. Man schreibt uns von dort: Im Dezember 1919 wählte man dort zum Stadtoberhaupt einen Herrn Walter Köder, geboren zu Eberfeld 1881...

„Auf Ihre Anfrage vom 14. d. M. teile ich Ihnen mit, daß in den Verzeichnissen der Studierenden der Universität Jülich vom Jahre 1906 an bis auf die jüngste Zeit ein Studierender des Namens Walter Köder von Eberfeld (geboren 21. 11. 81) nicht erwähnt ist...

Ein Mörder vom Hausbesitzer erschossen. In Trier hat U. „Nachbesetzung“ ein Hausbesitzer seinen Mörder erschossen, mit dem er auf der Straße in Wortwechsel geraten war. Der Täter wurde in Haft genommen.

Raubmord an einem Wählager. In Bantorf am Deister bei Hannover wurden nachts vier Männer in die Wohnung des Wählagers von Schmitz ein, überfielen diesen im Bett und prügelten ihn mit Säcken zu Tode. Die Leiche des Ermordeten warfen die Täter zum Fenster hinaus...

Der ehemalige deutsche Kreuzer „Nürnberg“ hat vor kurzem bei einer Übung der englischen atlantischen Flotte die Rolle eines Angriffsziels gespielt. Die Engländer haben das Schiff durch eine kombinierte Beschießung, an der sich die Flotte und eine Anzahl von Marineflugzeugen beteiligten, zerstört...

DEINHARD Lisa Hochgewächs Rabinett. Generalvertreter: Anton Helms jr., Pfalzheim, Fecaspacher 127.

Die Verbreitung des Mannheimer General-Anzeigers

in Baden und der Pfalz: 5387

- Achern, Adelsheim, Aglasterhausen, Altleiningen (Pfalz), Altlußheim, Altrip (Pfalz), Altrip-Mannheim, Appenweier. — Babstadt, Bad Dürkheim (Pfalz), Bad Dürkheim (Bezirk Konstanz), Baden-Baden, Badenweiler, Bad Peterstal, Baiertal (Amt Wiesloch), Ballenberg (Bad.), Bellheim (Pfalz), Bergzabern, Binau, St. Blasien, Bleichheim (Amt Emmendingen), Breisach, Bretten, Bruchsal, Brühl, Buchen (Bad.), Bühlertal. — Dannstadt (Pfalz), Deidesheim (Pfalz), Dilsberg, A. Heidelberg, Dinglingen, Döggingen, Donaueschingen, Durlach. — Eberbach (Baden), Edingen a. Neckar, Eichersheim (Baden), Eisenberg (Pfalz), Ellerstadt (Pfalz), Emmendingen, Eubigheim. — Fahrnau, Forbach (Bad.), Frankenthal (Pfalz), Frankweiler (Pfalz), Freiburg i. Br., Freudenberg (Baden), Friedrichsfeld (Baden), Friesenheim (Pfalz). — Gaggenau, St. Georgen (Schw.), Gernsheim (Pfalz), Gernsbach i. Murgtal, Graben bei Waghäusel, Grombach (A. Sinsheim), Großscholzhelm. — Handschuchsheim, Hardheim (Bez. Karlsruhe), Hasloch (Pfalz), Haßmersheim, Heddeshelm, Heidelberg, Heidelberg-Schlierbach, Heidesheim (A. Bruchsal, Heidesheim (Pfalz), Hemsbach, Hirschhorn a. N., Hockenheim, Hoffenheim, Homburg (Pfalz), Hüffenhardt (Amt Sinsheim). — Ivesheim, St. Ingbert, Istein bei Efringen-Kirchen, Jugenheim (Pfalz). — Kaiserslautern (Pfalz), Kandel (Pfalz), Kandern (Baden), Karlsruhe, Kenzingen, Kirchhardt (Amt Sinsheim), Kirchheimbolanden (Pfalz), Kleineicholzheim (Baden), Kleinlaufenburg (Bad.), Königshofen (Bad.), Konstanz, Kuppenheim (Murgtal). — Ladenburg, Lahr (Baden), Landau (Pfalz), Lauda, Leibenstadt (A. Adelsheim), Leimen, Leutershausen, Lörrach, Ludwigshafen a. Rh., Lützelachsen. — Manzingen (Bez. Karlsruhe, Menzenschwand, Merchingen (Baden), Mittelhexbach, Mosbach (Baden), Mühlhausen (A. Wiesloch), Mutterstadt (Pfalz). — Neckarbischofsheim, Neckarelz, Neckargemünd, Neckargerach (Bad.), Neckarhausen, Neckarzimmern, Neulußheim, Neunkirchen (A. Eberbach), Neustadt (Pfalz), Neustadt (Schwarzw.), Niefern. — Oberachern (Bez. Karlsruhe), Oberhausen bei Bruchsal, Oberkirch, Oberschefflenz, Oberstrot (Murgtal), Oberuhldingen (Bodensee), Oberweiler (Bad.), Offenburg (Baden), Oftersheim (Baden), Oggersheim (Pfalz), Oppenau (Renchtal), Osterburken, Ottersweier (Amt Bühl). — Plankstadt (A. Schwetzingen), Pforzheim. — Ramstein (Pfalz), Rappenu, Reilingen (Bad.), Rheingönheim (Pfalz), Rheinbischofsheim, Riedern (Amt Waldshut), Rittersbach (Baden), Rohrbach (Baden), Ruchsen (Amt Adelsheim). — Säckingen am Rhein, Sandhausen bei Heidelberg, Schenkzell, Schifferstadt (Pfalz), Schiltach (Baden), Schluchsee, Schönau (Baden), Schriesheim, Schwetzingen, Seckenheim, Singen a. H., Sinsheim (Baden), Speyer (Pfalz), Steinen (Baden), Steinsfurt, St. Leon (Baden), Stühlingen, Sulzfeld. — Tauberbischofsheim, Tiengen (A. Waldshut), Titisee, Todtmoos, Triberg. — Ueberlingen, Ungstein (Pfalz), Unterschwarzach). — Villingen, Vöhrenbach. — Waghäusel, Waldshut, Waldwimmersbach, Walldorf (Baden), Walldürn, Wallstadt, Weil-Leopoldshöhe, Weinheim, Werbach a. d. Tauber, Wertheim, Wieblingen, Wiesloch, Wimpfen, Wörth (Pfalz), Ziegelhausen a. Neckar, Zweibrücken (Pfalz).

Aus der Welt der Technik

Bogenbrücken aus umschürtem Gußeisen.

Das umschürte Gußeisen ist ein zur Aufnahme hoher Druckkräfte bestimmter Verbundkörper. Ein Kern aus Gußeisen ist mit einer Hülle aus umschürtem Beton versehen, wodurch dem Gußeisen seine Sprödigkeit genommen wird. Durch das Bestehen des Gußeisens, bei Druckbeanspruchung, sich feillich auszudehnen, wird die Umhüllung angezogen. Während beim gewöhnlichen Eisenbeton nur 1-3 Prozent, sind beim umschürten Gußeisen mehr als 5 Prozent, meist 10 Prozent Eisen vorhanden. Derart beschaffte Kerne kommen also nur dort in Frage, wo Bauglieder von möglichst geringen Abmessungen erstellt werden sollen, also hauptsächlich bei kleiner belasteten Säulen und bei Bogenbrücken.

Die erste Bogenbrücke, welche nach diesem neuen System gebaut worden ist, ist die „König Schwarzenbergbrücke“ in Leipzig. Sie liegt auf der Annaburgerstraße der Reichsstadt in der Gollaschstraße bei Leipzig 1818, in der Nähe des Schwarzenbergparkes. Die Architekturfirma stammt von Professor Franz Kuhn. Bei einer lichten Weite von 42,4 Meter beträgt die Spannweite der beiden Rippen aus umschürtem Gußeisen 36 Zentimeter, bei einer Breite von 25 Zentimeter. Die durch diese beiden Rippen von 2,3 = 1/4 Meter Breite erzielte Tragfähigkeit ist größer als jene, welche ein Gewicht von der ganzen Breite der Brücke aus Eisenbeton und der gleichen Größe haben kann, welches mehr als den sechsfachen Eisenbetonbruch ausmachen würde.

Als erste eiserne Brücke der Welt war im Jahre 1779 eine solche aus Gußeisen in Coalbrookdale hergestellt worden. Aus dieser Vorläuferbrücke ist die Seilbahnbrücke in London, die Grottoenbrücke, die Seilbahnbrücke in Paris u. a. m. Die einzige größere Brücke aus dieser Bauart, welche bisher in Deutschland erhalten wurde, ist die Stadthafenbrücke in Leibarh.

In den folgenden Jahren ist das Gußeisen durch das Stahleisen ersetzt worden. In Frankreich und England hat man länger am Gußeisen festgehalten. Im Jahre 1870 wurde eine Reihe gußeiserner Brücken in Frankreich gesprengt. Während nun in dem französischen Gebiet die Brücken genau nach den früheren Plänen wieder aus Gußeisen ausgeführt wurden, hat man in den Reichsländern alle gestrichelten Brücken in Stahleisen hergestellt. Trotzdem hat das Eisen-Verfahren noch viele gußeiserne Brücken. Bemerkenswert ist namentlich die Hofbrücke bei Regensburg, welche im Jahre 1849 gebaut wurde. Die älteste deutsche Gußeisenbrücke ist die im Jahre 1794 vom Kgl. Hüttenamt in Kolopane gebaute Bogenbrücke über das Striegauerwasser. Das Stahleisen hat das Gußeisen durch seine wirtschaftliche Überlegenheit verdrängt, indem bei Stahleisen die Sicherheit der Konstruktion zu einem geringen Maß herabgesetzt werden kann. Gußeisen wird erst dann wirtschaftlich, wenn seine Druckfestigkeit mit derselben Sicherheit wie beim Stahleisen ausgenutzt werden kann. Ein Hektarjahrhundert nach dem Gußeisen nicht als notwendiges Konstruktionsmaterial. Gußeisen mit einer Druckfestigkeit von 7000 kg/cm² wird in Deutschland wenig verwendet. Nach Untersuchungen von Bach beträgt die Druckfestigkeit von Gußeisen 5000 kg/cm². Kohlenstoffarmes Gußeisen kann nur nach neueren Methoden mit einer Festigkeit von über 10 000 kg/cm² hergestellt werden.

Die Versuche wurden mit Baugliedern in Rotunde ausgeführt, welche z. B. bei den Bögen der Hindenburgbrücke in Leipzig (2 Bogenrippen von 110,130 = 12,100 qcm) eine Traglastmaschine von mindestens 400 Tonnen Leistung nötig machen. Zufälligerweise war damals in Groß-Hörsfelde eine 1000 Tonnen-Pressmaschine aufgestellt.

Ausgeführt wurden Bogenbrücken mit Bögen unter der Bahn und Bogenbrücken mit aufgehängter Fahrbahn. Zur ersten Gruppe gehörte eine Eisenbahnbrücke in Bommern (Schlesien) über die Vorläufer in Aßlar und ein Bogen von 70 Meter Spannweite über die Spreie bei Treptow.

Die Eisenbahnbrücke ist deshalb interessant, weil dies der erste Fall ist, wo Gußeisen als Tragwerk nach 30 Jahren Pause wiederum verwendet wird. Die Brücke über die Spreie wurde von der Firma Hüller u. Co. in Weimar ausgeführt. Besonders Interesse verdient dabei auch das neuartige Bauglied.

Die Brücke über die Spreie ist besonders in ihrer architektonischen Durchbildung bemerkenswert. Der Entwurf stammt vom Stadtbauamt in Aßlar.

Bei beiden Brücken ist die Einführung aus Eisenbeton hergestellt. Man hat eine große Reihe von Versuchen mit umschürtem Gußeisen ausgeführt, von welchen nur der folgende mitzuteilen ist, bei welchem es sich um gewöhnliche umschürte Säulen ohne Gußeisen und solche, die mit 4 Zentimeter armiert waren, handelt. Während die Betonstütze 119 Tonnen Tragfähigkeit aufwies, besaß die mit einer Spirale umschürte Säule eine solche von 188 Tonnen. Die Stützung der Umhüllung (88 Prozent) ist also eine ganz hervorragende. Durch Einfügen von 4 Zentimeter mit einem Querschnitt von rund 10 Prozent Gußeisen ist die Festigkeit auf 500 Tonnen gestiegen. Wichtig ist hierbei, daß diese Festigkeit auch bei dem Aufsteigen der ersten Risse und bei gegenseitigen Verschieben sich eingestellt hat.

Der Bogen mit aufgehängter Fahrbahn hat ein viel weiteres Anwendungsfeld als der Bogen mit Fahrbahn oben, weil der letztere durch die Bauhöhe der Brücke beschränkt ist, auch vielfach große Horizontalschübe aufweist.

Ein Beispiel hierfür bietet die Mainbrücke in Unterfranken, die auf Pfählen fundiert und nach der Bauart der Mainbrücke, die auf Trümpfen zusammen auf den Köpfen des Gerüsts, denjenigen des Widerlagers und den Köpfen des Bogens steht. Man ist nun imstande, durch die beiden mit Gußeisen beschriebenen Rippen einen verhältnismäßig billigen Bogen herzustellen. Damit können Hand in Hand auch die Kosten der beiden anderen Faktoren herabgedrückt werden. Die beiden Bogenrippen bedürfen eigentlich nur eines Montagegerüsts der Eisenarmatur. Die Ausführung derselben mit Beton bedeutet eine gewisse Mehrbelastung, welche nur während zweier Tage vom Gerüst selbst getragen wird. Sobald die Festigkeit des Betons 10 kg/cm² beträgt, bedürfen die beiden Rippen keiner Unterstützung mehr. Das Gerüst hat jetzt nur mehr die Aufgabe, die Rollenarbeiten zu ermöglichen. Auch der Einsatz der Temperaturspannung tritt hier ganz in den Hintergrund. Je schwieriger die Ausbildung der Widerlager ist, desto größer ist die Gefahr.

Anhang auf Spannweite und architektonische Durchbildung ist nach die Hindenburgbrücke in Weiden zu erwähnen. (1918 vollendet und eröffnet.)

Wärmespeicher.

Unter Wärmespeicher verstehen wir Körper von hoher spezifischer Wärme, in die während einer bestimmten Zeit Wärme eingelagert wird, um sie je nach Bedarf daraus zu entnehmen. Der bekannteste aller Wärmespeicher ist der Kachelofen, der bei ein- bis zweistündigem Heizen 10-15 Stunden Wärme abzugeben imstande ist. Als Heizkörper zur Raumheizung werden mit derselben Wirkung auch Oefen aus Ton, Ziegeln, Beton usw. benutzt, die durch Widerstandkörper bei billiger Elektrizität ersetzt werden können. Kleine Wärmespeicher, bis zu 100 Liter Inhalt für elektrische Heizung haben trotz sorgfältigster Isolierung einen ungünstigen Wirkungsgrad ergeben. In Badeanstalten, chemischen Fabriken u. dgl. speichert man durch Abdampfen erwärmtes Wasser viele Stunden bis zum Verbrauch in gemauerten Zisternen oder gar hölzernen Gefäßen an, wobei in gemauerten Zisternen in etwa 15 Stunden der Wärmeverlust nur 1-2 Grad C. beträgt. Im Räume 12-16 Stunden hindurch gleichmäßig zu erwärmen, bringt man in Großraum-Wärmewasser-Sammelheizungen während zwei- bis vierstündiger Anheizung auf bis 90 Grad C. Wegen ihrer Feuerfestigkeit haben in Sprengstoff- und chemischen Fabriken, sowie Holzsaften u. dgl. die festesten, mit Wasser von 200 Gr. C. bei 6-15 Atm. Druck gefüllten Lokomotiven eine große Verbreitung gefunden, zumal sie bei einer Anheizung bis zu 8000 kg. mit einer Füllhöhe bis zu 10 cm. Belegungen zurücklegen vermögen. Im Hochdruckprozess

geben die Dichtgase einen Teil ihrer Wärme in den Locomotiv-Apparaten an das guttartige Siamoltenmauerwerk ab, wobei die aufgespeicherte Wärme dazu dient, den Wind entsprechend vorzuwärmen.

Zum Betrieb von Niederdruck- oder Zweidruckturbinen sammelt man den unterbrochen erfolgenden Abstrom von Abdampf aus Fördermaschinen, Dampfmaschinen, Schmelzpressen usw., bevor er in die Kondensation tritt. Da nun die dünne Gefäßwand besonders bei dem Oberflächenkondensator Luftleere oder Lufterdruck nicht zu ertragen vermag, darf der Druck im Speicher nicht unter 1 Atm. abfallen. Gegen Wärmeverlust schützt man die Speicher mit Kieselgur, Holzbestäubung mit feinem Rauwerkstoff mit Luftschichten usw. Der Inhalt der Wärmespeicher ist bis zu 50 Proz. bei stark schwankendem Betrieb 100 Proz. größer als berechnet zu werden, was bei Glockendampfspeichern nicht zu geschehen braucht. Die Wärmespeicher betragen bis 13 Millimeter. Der Anstieg der Wärmespeicher wird durch Kammige mit Deckelansatz hergestellt, bei Dampfpeichern durch hohlebeständige Farbe.

Die Dampfpeicher gliedert man in drei Bauarten: 1. Geschlossene Gefäße mit unänderlichem Inhalt. 2. Dampfpeicher in Gestalt von beweglichen Gasglocken, die in Wasser tauchen und sich beim Einströmen des Dampfes heben. 3. Dampfpeicher, bei denen die Aufspeicherung von Dampf in Wasser erfolgt. Der auf der Oberfläche des Wassers von niedriger Temperatur ruhende Dampf erwärmt das Wasser. Die Speicher gleichen die geringen Schwankungen des Abdampfes aus und sind hinter den Dampfmaschinen angeordnet. Am in Betrieben mit sehr schwankendem Dampfverbrauch Spannung und Leistung von Dampfmaschinen unverändert zu erhalten, verwendet man Wärmespeicher von Dr. Ing. F. Rütke, welche zwischen Kessel und Dampfverbraucher angeordnet werden und bis zu 6 Atm. Druckschwankung ertragen können. Es sind dies zylinderförmige Gefäße bis zu 350 cm Inhalt, welche große Dampfmenngen speichern können. Sie sind gut isoliert und nicht nur mit eigenen Vorrichtungen zur Ueberprüfung des Dampfes versehen, sondern ermöglichen auch durch besondere Kegelvorrichtungen einen völlig selbständigen Betrieb. Aus zwei stehenden Gefäßen bestehend ist der Rütke-Speicher, eins mit Wasser gefüllt, das andere mit einer größeren Anzahl Siebe versehen. Aus dem wassergefüllten hebt eine Pumpe das Wasser in das leere Gefäß, in welches Dampf einströmt, der sich an den Wasserstrahlen schnell verflüchtigt.

Auch die Honigmannsche feuerlose Kationlokomotive ist als Wärmespeicher anzusehen, deren mit Wasser gefüllter Dampfessel nicht in einem zweiten mit bis zu 8 Grad heißer Kationlauge gefüllten Kessel. Durch den Dampf des inneren Kessels wird die Maschine getrieben, der in Kationlauge strömende Abdampf verflüchtigt sich rasch. Die Lauge wird dadurch verdünnt und höher erwärmt, bis Verdünnung und Temperatur dem Siedepunkte der Lauge entsprechen. Weiter verflüchtigt wird der Abdampf nicht. Die Saugtemperatur erhöht sich bei steigendem Druck in geschlossenen Kessel. Die höhere Saugtemperatur gibt Wärme an den Dampfessel ab. Bei etwa 6 Atm. Dampfdruck kann solch ein Abdampf zugeführt werden, bis die Siedetemperatur vermindert ist. Bei weiterer Dampfentnahme sinkt die Spannung im Kessel. Trotz guter Wärmenutzung bei den Versuchen haben sich jedoch in der Praxis die Lokomotiven nicht bewährt.

Der technisch-wirtschaftliche Eisenbahn-Film.

Von Ingenieur T. Max Gramp. (Ausführung: Deutsche Gewerbeschau in München.)

Technischer Fortschritt im Eisenbahnbau! Das ist ein so umfassender Begriff, daß sich darüber nur der Fachmann ein Urteil bilden kann. Was aber unsere Bahnen angeht, das kommt nicht nur den Ansehenden, sondern auch den Reisenden, jedem Güterverwahrer und — jedem Steuerzahler! Daher ist auch in allen Kreisen Interesse für den Fortschritt unseres Verkehrswezens vorhanden. Mancher möchte gern, sieht er das Spiel der Kolben und Ventile, das Signalwerk und die Abwicklung des Verkehrs als Reizender, mehr darüber wissen. Soweit der wichtigste technische Fortschritt unserer Tage im Bahnbau in Frage kommt, kann jetzt allen geholt werden. Wie? Nun, natürlich durch den Film! Das lebende Bildbild ist dazu auserkoren worden, den epochalen Fortschritt der Einführung der Kuppelbremse in allgemein verständlicher Weise allen Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen. Der Anlaß zu diesen hochinteressanten Aufnahmen, bei denen eine neuartige Technik des Traktors zur Veranschaulichung von Arbeitsvorgängen und Wirkungsweisen ausfindig gemacht wurde, war die Münchener Gewerbeschau. Was die Besucher dieser bedeutungsvollen Veranstaltung an technischer Fortschritt und wirtschaftlicher Verbesserung studieren können, das kann nun überall im lebenden Bildbild nachgeführt werden. Da die durchgehende Güterzugbremse eine deutsche Erfindung ist, die auch in Schweden eingebaut wird und für andere Länder in Aussicht genommen ist, so wird dieser deutsche Reichseisenbahn-Film auch im Ausland Interesse finden, also zum Ruhm unserer Technik beitragen.

Der Betrachter dieses Verkehrsfilms sieht zunächst eine Darstellung der Kuppelbremse und bekommt die Bremsvorrichtung der Lokomotive vorgeführt. Auch der Bau, der nach der Beschäftigung eines solchen Bildstreifens eine Lokomotive betrachtet, wird technischen Einrichtungen mit größerem Verständnis als bisher gegenüberstehen. Das Versehen technischer Vorgänge mit wirtschaftlichen Zusammenhängen wird nun durch das Kinetogramm in fester, gerader, idealer Form gemalt. Da wird zunächst die durchgehende Kuppelbremse an einem Güterwagen, dann die Wirkungsweise der Bremsvorrichtung, nun das funktionelle Anzeichen und Bösen der Bremse, sowie schließlich die Rollbremsung bei beladenen Güterwagen demonstriert.

Die Schwierigkeiten der Verjüngung technischer Vorgänge sind bei diesem Verkehrsfilm dadurch behoben, daß die Wirkungsweise der Rollbremsung durch keine Felle deutlich veranschaulicht wird, die in den Leitungen und Zylinder dabinhalten. Keine Angst also, daß ein solcher Film ermüdend wirkt! Wenn die Felle wie die Hinzelnähen nach den verschiedenen Stellungen des Steuerventils ihren Weg nehmen und schließlich von vorn oder hinten gegen den Kolben wirken, dann wird das Publikum belehrt, und der Techniker sagt sich: Weit sei Dank, endlich ist der Weg gefunden, wie man auch die Reize angenehmer unterhalten kann, auf die sonst Ingenieurwissen wie bittere Medizin wirkt.

Weiter zeigt das lebende Bildbild die Praxis des Bahnbetriebes. Wir sehen die Unmöglichkeit der Zusammenstellung eines Güterzuges mit Handbremsen im Vergleich zur Luftdruckbremse. Den wesentlichen Fortschritt und seine wirtschaftliche Auswertung erkennen wir an einem Güterzuge von 150 Wägen mit der neuen Bremse auf der Fahrt im Gefälle von 1:30. Tauchte ein Hindernis auf, so war bisher bei den Handbremsen die schnelle Stilllegung des Güterzuges schwierig. Der Film zeigt den Bremsweg eines gewöhnlichen Zuges von nur 52 Wägen im Verhältnis zur Schnellfahrzeit der Stilllegung des Zuges von 150 Wägen mit der durchgehenden Bremse.

Rollert ein Güterzug mit verrückter und daher überhöhter Ladung ohne Brücke usw., so entsteht die Gefahr des Zusammenstoßes, also von Beschädigungen und Entgleisungen. Beim handbremsigen Zug ist die Vermeidung schwierig, wie der Betrachter aus dem veranschaulichten Bewegungen des Bremsers erkennt. Dieser Reiz war die überhöhte Ladung kann aber allein den Zusammenstoß nicht verhindern. Das nächste Bild zeigt einen mit der neuen Bremse ausgerüsteten langen Güterzug. Hier wird nach der Entdeckung der überhöhten Ladung einfach die Rollbremse gezogen und so der Zug schnell stillgelegt.

Das Reizen der Kupplungen scheidet leicht zu schlimmen Folgen. Wie ungünstig die Verhältnisse bisher liegen, und wie schnell beim Reizen der Kupplung selbst in einer Steigung von 1:30

beide Zugteile mit der durchgehenden Bremse zum Stehen gebracht werden, das demonstriert das Bildbild wirkungsvoll.

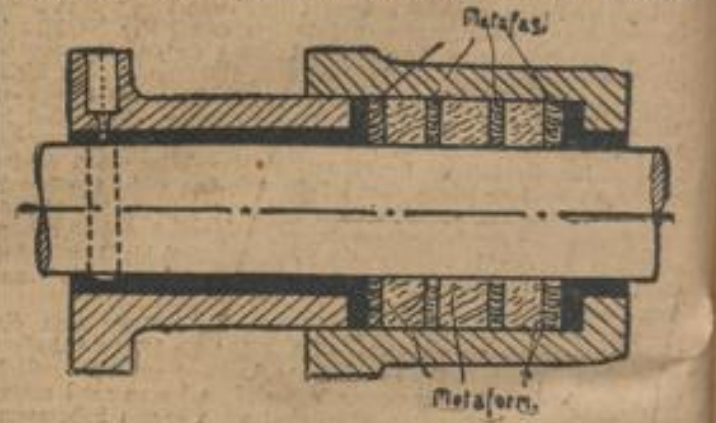
Die Unempfindlichkeit der neuen Bremse gegen Staub wird klippig bewiesen. Wir sehen die Staubwolken bei der Erbeladung und bekommen ein in einem solchen Selbstfahrbogen seit Jahren eingebautes Bremsventil im Kinetogramm geöffnet. Es zeigt sich, daß kein Staub in das Innere eindringt, der die Wirkungsweise behindern könnte.

Allerdings, die ideale Figur des Bremsers verschwindet durch diese deutsche Erfindung. Aber dieser Verlust war dem Eisenbahnbau immer eine Schwäche seines Systems. Dafür bringt uns dieser Fortschritt größere Betriebssicherheit, leichteren Dienst für das Personal und jährlich Millionen-Ersparnisse!

Technisches Allerlei.

Betriebstechnik.

Eine neue Packung. Das Gebiet der Packungen von Staphäden usw. beschäftigt die Konstrukteure heute mehr denn je. Die Frage, welche Packung für diesen oder jenen Zweck zu wählen sei, ist durchaus nicht so einfach zu entscheiden. Wer die Wahl hat, hat die Qual. Bei der außerordentlich großen Anzahl von Packungsmaterialien, die auf dem Markt angeboten werden, bedarf es ziemlich weitgehender praktischer Erfahrungen, wenn man aus dieser Menge das Richtige herausgreifen will. Der Bau von Hochleistungsmaschinen hat auch die Packungsindustrie vor neue große Aufgaben gestellt, denen gerecht zu werden ihr nicht in allen Fällen gelungen ist. Beachtung verdienen da die Packungsformen aus Metallüberzug, die eine Ergänzung der bekannten Kruppschen formbaren Metallpackungen darstellen und unter der Bezeichnung „Metapack“ in den Handel gebracht werden, während die formbare Metallpackung die Bezeichnung „Metapack“ trägt. Diese Packungsformen stellen Metallüberzug dar, der zusammen mit der formbaren Metallpackung, besonders in stark beanspruchten Hochdruckpumpen, die sehr hohen Drücken ausgelegt



sind, eingebaut, gewöhnlich als Vor- und Hinterlager, in Verbindung mit diesen gelegentlich auch als Zwischenlager. Ferner werden diese aus bestem Stahl hergestellten metallisierten Ringe vorteilhaft selbst dann benutzt, wenn die Kolbenringe oder der Ringler an die Grundfläche oder an die Staphädenbrille nicht mehr dicht anschließt. Die Ringe vereinigen in sich die Vorteile einer reinen Hanfpackung mit jenen einer Metallpackung, sind also ein großer Fortschritt gegenüber der reinen Hanfpackung, denn früher fanden die Kolbenringe unmittelbar mit den Hanfpartien in Berührung und konnten wegen des hohen Kieselanzehaltenes des Hantels stark angegriffen werden. Der innere Halt des Hantels bürgt natürlich noch wie vor für eine große Haltbarkeit der Packung als Ganzes. Die Ringe sind in der Weise hergestellt, daß diejenige Seite, die an den Ringler an die Kolbenringe zu liegen kommt, besonders hart metallisiert ist; die anderen drei Seiten sind nur leicht mit Metall überzogen. Beim Einbau ist hierauf zu achten. Vor dem Einbau werden diese Ringe erhaltungsgemäß am besten in einer Mischung von Öl gelöst. Da dieser jedoch heute sehr schwer zu beschaffen ist, so wird dafür ein Gemisch von Paraffin und reinem Hochdruckgraphit verwendet. Besonders gut bewährt hat sich die Kombination von Metapack und Metapack an Hochdruckpumpen, Hochdruckpumpen, Wasserwerks-pumpen.

Aus der Werkzeug- und Werkzeugmaschinenindustrie.

Scheibenförmiger Stahl zum Ausbohren von Löchern. Kürzlich wurde ein bemerkenswertes Werkzeug patentiert, das sich ohne Zweifel bald in kleinen und großen Werkstätten einen Platz erobern wird. Es handelt sich um einen scheibenförmigen Stahl zum Ausbohren von Löchern mit an zwei gegenüberliegenden Schneidenden, dessen Achse die des Schaftes rechtwinklig schneidet. Die Erfindung ist dadurch gekennzeichnet, daß die einander auf verschiedenen Seiten des scheibenförmigen Stahls gegenüberliegenden Schneidanten in einer die Achse des Stahls rechtwinklig schneidenden Ebene liegen.

Zur Herstellung von Wankfräsen ist ein Werkzeug patentiert worden, das für die Werkzeugindustrie von großer Bedeutung werden wird. Bei diesem Werkzeug liegen die Schneiden auf Spiralen, und es ist als walzenförmiger Körper ausgebildet. Seine Länge ist mindestens gleich der Arbeitsbreite des herzustellenden Fräfers, vermehrt um eine Ganghöhe der herzustellenden Spirale. Auf seinem Umfang ist ein Gewinde aufgeschnitten, dessen Steigung gleich der Steigung des Spiralgewindes des herzustellenden Fräfers ist, wobei die Schneidanteile des Werkzeuges durch Herausarbeiten eines entsprechenden Ausschnittes aus dem walzenförmigen, mit einem verbleibenden Körper gebildet wird.

Elektrotechnik.

Die größtmögliche Spannweite bei Freileitungen. Unter Einhaltung der bestehenden Sicherheitsvorschriften für zulässige Beanspruchungen ergibt sich, daß Spannweiten von etwa 2000 Meter für Eisen-, Stahl-, Aluminium- und Kupferseile von 150 bis 310 mm Durchmesser erreicht werden können, wenn der Durchhang entsprechend hoch, d. h. bis etwa 700 m gemacht werden kann. Bei Verwendung von Stahl oder Bronze mit 4000 kg/cm² zulässiger Beanspruchung können Spannweiten mit nur etwa 150 m Durchhang bei sehr großen Stützhöhen angewandt werden.

Stromumformer durch Quecksilberdampf. Im Vergleich zu den Rotationsumformern weisen die Quecksilberdampfumformer verschiedene Vorteile auf. Die Apparate zeichnen sich durch ein gleichmäßiges und geräuschloses Arbeiten, sowie durch den Mangel an Verschleiß und jeglichen Unterhaltungsarbeiten aus. Apparate, die nach jahrelanger Betriebsnahme geöffnet wurden, zeigten völlig unversehrte Anoden und im Gemisch konstant geliebene Quecksilberkathoden.

Chemie.

Gewinnung viskoser Schmelze aus Steinkohlenteer. Die Viskosität des Teerflüssigkeit wird durch die Mischung mit Mineralöl für den praktischen Gebrauch als Kisten- oder Lagermittel zu sein, in neuerer Zeit ist es nun gelungen, das Teerflüssigkeit durch die Dehydrierung derselben umzuwandeln, daß der Zusatz von Mineralölen nicht mehr erforderlich ist, wodurch die Verwendungsmöglichkeiten des Teerflüssigkeit bedeutend erhöht wird.

Vermischtes.

Neuartiges Leinwandverfahren. Das neue Verfahren, welches den trockenen Leim in Glas- u. Schuppen- oder Pulverform liefert, besteht in der Hauptphase aus dem Emulsor, welcher den Leim zu einer schaumartigen Luftemulsion verarbeitet. Beim Trocknen auf einer Walze entweicht das Wasser äußerst leicht aus solcher Emulsion.

